

Inhaltsverzeichnis

1. Rolf Koschorrek	
2. Seitenwechsler im Überblick	
3. Seitenwechsel	
4. CDU	
5. BIO Deutschland	

Rolf Koschorrek

Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Rolf Koschorrek (* 17. Juni 1956 in Bad Bramstedt, † 12. Januar 2020 in Berlin) war ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter der [CDU](#). Nach Beendigung seines Mandats [wechselte](#) er zum Lobbyverband *Berufsverband der Hals- Nasen- Ohrenärzte*.^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Verbindungen / Netzwerke	2
3 Wirken	3
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
5 Einzelnachweise	4

Karriere

- 05/2014-12/2020 Leiter des Berufsverband der HNO-Ärzte in Berlin
- 2012-2013 Präsident des Bundesverbandes Freier Berufe
- 2005-2013 Mitglied des Deutschen Bundestages

Verbindungen / Netzwerke

Nachdem er ab 2005 zunächst als einfacher Abgeordneter fungierte, wurde er 2009 zum stellvertretenden gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU Fraktion ernannt. Koschorrek gehörte daraufhin zu den Abgeordneten mit den meisten Nebentätigkeiten. In seiner zweiten Legislaturperiode erhielt Koschorrek mindestens 64.000 € für Vorträge.^[2] Gebucht wurde er vor allem von Unternehmen und Verbänden der Gesundheitsbranche, wie etwa Pharmakonzernen, Krankenkassen oder Ärzteverbänden. So überwies allein das Pharmaunternehmen Novartis für einen 30-minütigen Auftritt mehr als 1.000 €. Darüber hinaus erfüllte er Funktionen in zahlreichen Unternehmen und Vereinen, z.B. in den Beiräten der [Barmenia](#) Versicherung und der Paracelsus Kliniken.^[3]

Wirken

2011 sollten nach Wunsch der Krankenkassen die hohen Kosten für zahnärztliche Behandlungen durch eine Reform der Gebührenordnung der Zahnärzte (GOZ) gesenkt werden. Gemeinsam mit dem damaligen Gesundheitsminister Philipp Rösler stellte Koschorrek sich gegen eine weitreichende Regulierung.^[4] Unter anderem hatte er in einem Beitrag für die Ärztezeitung öffentlich Stimmung gegen die Reform gemacht.^[5] Zuvor hatte Koschorrek Vortragshonorare der Bundeszahnärztekammer und des Bundesverband Dentalhandel erhalten. Dabei teilte er den Interessenvertretern auch Interna über den Stand der Gesetzesvorhaben mit, Wochen bevor das Gesundheitsministerium die Öffentlichkeit informierte. Im Januar 2012 wurde er dann zum Präsidenten des Bundesverbands der Freien Berufe ernannt - und erhielt dafür eine monatliche Aufwandsentschädigung zwischen 3.500 € und 7.000 €.

Im Sommer 2010 wurde im Bundestag eine Neuordnung des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) diskutiert. Die Änderungen sahen umfassende Eingriffe in die Preisgestaltungsfreiheit der Konzerne bei Medikamenten vor. Koschorrek sah keinen Interessenskonflikt zwischen seinen zahlreichen Nebentätigkeiten für die Gesundheitsbranche und seinem politischen Amt und behauptete, auf keinem seiner bezahlten Vorträge für die Pharmakonzerne über AMNOG gesprochen zu haben. Das Arzneimittelunternehmen *AstraZeneca* ließ dagegen per Pressemitteilung wissen, Koschorrek für eine Veranstaltung gebucht und dabei auch über das die geplanten Änderungen beraten zu haben. Noch im Oktober 2010, einen Monat vor Verabschiedung des Gesetzes, präsentierte ihn das Pharmaunternehmen *Sträter Life Science* als Redner zu AMNOG.^[6] Außerdem ließ der Lobbyverband [BIO Deutschland](#) wissen, er habe gemeinsam mit Koschorrek ein "Parlamentarisches Frühstück" zum Thema AMNOG veranstaltet. Dabei begrüßten die Interessenvertreter, dass die Befreiung der Nutzenbewertung gewisser Medikamente "ihren Niederschlag in den Anträgen der Koalition zur Änderung des AMNOG gefunden hatte."^[7] Die entgeltliche Version des Gesetzes wurde auf Wirken der Unions-Gesundheitspolitiker um Koschorrek deutlich zugunsten der Pharmaindustrie entschärft. Offenbar übernahmen die zuständigen Politiker von CDU/CSU und FDP wortgleiche Formulierungen eines Papiers des Verbands Forschender Arzneimittelhersteller. Trotz allem behauptete Koschorrek auf Nachfrage des Spiegels, er könne "Berufliches und Privates sauber trennen" und: "Pharmanähe muss man mir erst mal nachweisen."^[8]

Koschorrek war bereits 2009 daran beteiligt, den größten Kritiker der Pharmaindustrie zu entmachten. Der Chef des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) Peter Sawicki, der mehrere neue Medikamente als Scheininnovationen entlarvt hatte, musste auf Druck der Unions-Gesundheitspolitiker seinen Posten räumen.^[9]

Koschorrek wurde nach zwei Legislaturperioden nicht mehr für die Bundestagswahl nominiert. Ihm wurde vorgeworfen, sich zu sehr um seine Nebentätigkeiten gekümmert und dabei seinen Wahlkreis vernachlässigt zu haben.^[10] Nach Ausscheiden aus dem Bundestag leitet Koschorrek seit Mai 2014 das Berliner Lobbybüro des Berufsverbands der Hals-Nasen-Ohrenärzte.^[11]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [HNO-Berufsverband eröffnet Berliner Büro: Rolf Koschorrek übernimmt Leitung](#), abgerufen am 31.07.2015
2. ↑ [Lobbyismus: 1000 Euro in 30 Minuten](#), Spiegel 30/2013, online abgerufen am 31.07.2015
3. ↑ [Dr. Rolf Koschorrek \(CDU\)](#), abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 31.07.2015
4. ↑ [Bohren bis die Kasse klingelt](#), Correctiv vom 29.07.2015, abgerufen am 03.08.2015
5. ↑ ["Keine Egalisierung, keine Öffnungsklausel"](#), Ärztezeitung am 09.02.2011, abgerufen am 03.08.2015
6. ↑ [Sträter Life Science - Pharmastandort Deutschland](#), abgerufen am 03.08.2015
7. ↑ [Pressemitteilung BIO Deutschland vom Oktober 2010](#), abgerufen am 03.08.2015
8. ↑ [Lobbyismus: 1000 Euro in 30 Minuten](#), Spiegel 30/2013, online abgerufen am 31.07.2015
9. ↑ [Lobbyismus: 1000 Euro in 30 Minuten](#), Spiegel 30/2013, online abgerufen am 31.07.2015
10. ↑ [Politische Quittung für den Topverdiener](#), Abendblatt vom 14.11.2012, angerufen am 03.08.2015
11. ↑ [HNO-Berufsverband eröffnet Berliner Büro: Rolf Koschorrek übernimmt Leitung](#), abgerufen am 03.08.2015

Seitenwechsler im Überblick

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#)

Seitenwechsel

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsel und Karenzzeiten \(Überblick\)](#)

CDU

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	5
1.1 Bundestagswahl 2025	5
1.2 Bundestagswahl 2021	5
1.3 Bundestagswahl 2017	5
1.4 Bundestagswahl 2013	6
1.5 Bundestagswahl 2009	6
2 Finanzierung	6
2.1 Rechenschaftsberichte	6
2.2 Top-Spender	7
2.3 Gesamteinnahmen	8
2.4 Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU	9

2.5 Sponsoring	10
3 Wirtschaftsrat der CDU	11
4 Bundesvorsitzender Merz	11
5 Generalsekretär Linnemann	11
6 Bundesgeschäftsführer Birkenmaier	11
7 Beteiligungen an Unternehmen	11
8 Weiterführende Informationen	12
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	12
10 Einzelnachweise	12

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Das Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 2025 enthält keinerlei Forderungen zu schärferen Regulierung von Parteispenden, Lobbyismus oder für mehr Transparenz.^[1]

Bundestagswahl 2021

Weder im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 noch im Grundsatzprogramm der CDU werden Fragen von Lobbyismus und Transparenz behandelt. Die Union hat jedoch in der 19. Legislatur gemeinsam mit der SPD nach großen Skandalen in der Union ein Lobbyregister und Änderungen im Abgeordnetenrecht geschaffen, die wichtige Schritte hin zu mehr Transparenz bedeuten.

Hintergründe und ausführliche Informationen sind unter [Lobbyregister Deutschland](#) und [Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten in Deutschland](#) zu finden.

Bundestagswahl 2017

Die Unionsparteien sind in Sachen Lobbykontrolle bisher vor allem durch Eines aufgefallen: eine strikte Verweigerungshaltung. Ob im Bundestag, in Anhörungen oder bei anderen Auftritten: Unionsvertreter/innen sagten immer wieder, es gäbe keinerlei Handlungsbedarf. Dabei stellten sie immer wieder nachweislich falsche Behauptungen in den Raum. Zum Beispiel, dass Sponsoringeinnahmen der Parteien völlig transparent seien. Im gemeinsamen Wahlprogramm tauchen Themen wie Transparenz oder Schranken für Lobbyist/innen schlichtweg nicht auf.^[2] In der zurückliegenden Wahlperiode und auch zuvor blockierte die Union nahezu alle Initiativen für mehr Lobbykontrolle. So vermochte sie in der Debatte um ein verpflichtendes Lobbyregister „kein Transparenzdefizit“ erkennen und lehnte dementsprechend eine bessere Regelung ab. Ausnahmen waren die mit der SPD im Koalitionsvertrag 2013 vereinbarten Vorhaben zur Karenzzeit und zur Abgeordnetenbestechung (siehe SPD), wobei die Union auch dabei auf möglichst schwache Regeln drängte.

Für sich entdeckte die Union nur einmal ein lobbykritisches Thema: Als im Wahlkampf 2013 die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Wirbel sorgten, sparte die Union nicht mit Kritik. Im Ergebnis wurden die Stufen, anhand derer die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen, von drei auf zehn erweitert. Während des „Rent-a-Sozi“-Skandals (Ende 2016) um gekauften Zugang zu SPD-Spitzenpolitiker/innen hingegen hielt sich die Union bedeckt und verweigerte politische Konsequenzen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass schon vor Jahren ähnliche Zugangsgeschäfte mit den CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers und Tillich aufgefliegen waren.

Die Union setzte durch, dass Ex-Finanzminister Theo Waigel, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in zahlreiche Lobbyjobs wechselte, Mitglied des dreiköpfigen Karenzzeit-Gremiums wurde. Dieses Gremium soll der Bundesregierung Empfehlungen zum Umgang mit eben solchen Seitenwechslern geben.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Bundestagswahl 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von [LobbyControl](#).^[3]

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[4]

Finanzierung

Die CDU erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 150.786.032,07 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 71.286.700,18 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Damit ist die CDU mit großem Abstand Spitzenreiter vor allen anderen Parteien in Deutschland. Einnahmen der Schwesterpartei [CSU](#) sind darin nicht enthalten. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendinggesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der CDU ab 2012

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht 2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023
Rechenschaftsbericht 2024

Top-Spender

Die 10 Topspender der CDU in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Christoph Alexander Kahl	1.978.160 €	
DVAG (Firmengeflecht)	1.591.001 €	Spenden von Deutscher Vermögensberatung AG, Allfinanz Deutsche Vermögensberatung sowie Bundesverband Deutscher Vermögensberater
Familie Gröner	880.000 €	Spenden von Gröner Family Office GmbH und Christoph Gröner
Schambach, Stephan	1.238.000 €	
Familie Quandt /Klatten (BMW)	650.010 €	Spenden von Susanne Klatten, Stefan Quandt und Johanna Quandt
Dr.-Ing. E.h. Martin Herrenknecht	659.102 €	
Dr. August Oetker KG	435.500 €	Spenden von Dr. August Oetker KG, Arend Oetker, Alfred Oetker sowie Carl-Ferdinand Oetker
Droege Group AG	300.000 €	
Prof. Dr. Hans Georg Näder	299.000 €	

Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	438. 368, 85 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Lüdenscheid sowie Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
--	-------------------------	--

Weitere Spender der CDU sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der CDU** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2024		2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	37,1 8	21,3 1	36,2 6	21, 0	36,4 1	26, 7	37, 2	23, 2	37,6 7	24,9 2	37,5 5	24,6 0
Mandatsträgerbeiträge	23,9 3	13,7 1	23,0 6	13,3 6	22,3 2	16,3 7	21,8 9	13,6 5	21,5 4	14,2 5	21,1 2	13,8 4
Spenden von natürlichen Personen	26,7 1	15,3 0	12,3 4	7,1 5	1 4	10,2 7	26, 7	16,6 5	17,9 9	11,9 0	16,2 5	10,6 5
Spenden von juristischen Personen	14,9 7	8,5 7	5,8 4	3,3 8	7,3 4	5,3 8	14,8 2	9,2 4	8,7 5	5,7 9	7,3 1	4,7 9
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0 0	0,0 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0
Aus sonstigem Vermögen	3,5 8	2,0 5	3,6 4	2,1 1	1,9 5	1,4 3	1,7 9	1,1 1	5,0 8	3,3 6	2,1 1	1,3 8
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	11,9 8	6,8 6	10,9 1	6,3 1	8, 9	6,5 2	6,1 5	3,8 4	5,7 6	3,8 1	13,4 8	8,8 3
Staatliche Mittel	54,7 1	31,3 5	57,9 6	33,5 7	44,4 6	32,6 1	5 1	31,8 1	53,7 3	35,5 4	54, 1	35,3 9
Sonstige	1,4 9	0,8 5	22,6 6	13,1 2	0,9 8	0,7 2	0,8 1	0, 5	0,6 5	0,4 3	0, 8	0,5 2
Summe	174,544		172,664		136,36 Mio		160,36 Mio		151,16 Mio		152,63 Mio	
	Mio €		Mio €		€		€		€		€	

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	37,7 4	25,6 2	37,5 7	23,9 8	37, 7	26,0 3	38,7 5	25,6 4	39, 3	28, 7

Mandatsträgerbeiträge	20,7 4	14,0 8	20,0 9	12,8 2	19, 4	13,3 9	17,5 3	11, 6	17, 2	12, 6
Spenden von natürlichen Personen	12,1 1	8,2 2	22,5 8	14,4 1	15,1 3	10,4 5	20,0 6	13,2 8	12,1 4	8, 9
Spenden von juristischen Personen	4,9 7	3,3 7	12,6 3	8,0 6	7,0 5	4,8 7	10,7 4	7,1 1	6,0 5	4, 4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0,0 3	0,0 3	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0
Aus sonstigem Vermögen	1,7 4	1,1 8	2,0 2	1,2 9	2,3 2	1, 6	2, 8	1,8 6	3,4 4	2, 5
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	13,2 1	8,9 7	12,7 9	8,1 6	12,8 2	8,8 4	11,6 8	7,7 4	11, 7	8,5 4
Staatliche Mittel	56,1 4	38,1 0	48,3 6	30,8 6	49, 5	34,1 9	48,0 5	31, 8	46, 4	33,8 8
Sonstige	0,6 8	0,4 6	0,6 6	0,4 2	0,9 2	0,6 3	1,4 8	0,9 7	0, 8	0,5 7
Summe	147,3 Mio €		156,7 Mio €		144,83 Mio €		151,1 Mio €		137 Mio €	

Quellen:^[5]

*Anmerkung:*Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Spenden von natürlichen Personen an die CDU im Jahr 2020 beliefen sich auf 17,986 Mio € und wurden auf 17,99 Mio € aufgerundet.

Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU

Christoph Gröner spendete 2020 insgesamt 820 Tsd. Euro an die Berliner CDU (320 Tsd. Euro als Privatperson und 500 Tsd. Euro über die Gröner Family Office GmbH); 2021 belief sich die Spende von Gröner auf 20 Tsd. Euro.^{[6][7]}

Die beiden Spenden von 2020 waren nach einem von LobbyControl beauftragten [Rechtsgutachten](#) wahrscheinlich illegal, weil damit Erwartungen verbunden waren, wie Gröner selbst 2021 öffentlich zugab.^[8]

Laut „Tagesspiegel“ vom 19.05.2023 beschäftigte sich der Deutsche Bundestag mit den Großspenden an die CDU.^[9] Der Vorgang sei ausgewertet worden, um über ein mögliches weiteres Vorgehen zu entscheiden. Transparency International hatte im Mai 2023 Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in einem Brief aufgefordert, dass die Bundestagsverwaltung als zuständige Stelle die Parteispenden überprüfen solle.^[10] Ende Juli 2023 wurde bekannt, dass die Bundestagsverwaltung die Prüfung eingestellt hat. "Eine Stellungnahme der CDU habe den in Medienberichten geäußerten Verdacht eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz ausgeräumt"^[11]

Anlass der Prüfung waren Recherchen des „Tagesspiegel“, nach denen sowohl Gröner als auch die CDU mehrfach gesagt haben, dass mit den Spenden Absprachen oder Bitten des Unternehmers verbunden seien.

- Im Podcast „Tacheles“ von Deutschlandfunk Kultur“ erklärte Gröner am 8. Mai 2021 zu seiner Großspende: "Ich habe der CDU drei Bedingungen gesetzt. Ich habe gesagt, ich möchte, dass die Kinder im Kinderheim, die behindert sind, genauso viel Geld für ihre Kleider kriegen wie die nichtbehinderten. Die kriegen nämlich 200 Euro weniger. Ich habe gesagt: Wenn das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel nicht abschafft, dann möchte ich auch, dass die CDU den nicht abschafft, aber modifiziert. ^[12]
- Im Tagesspiegel-Podcast „Berliner & Pfannkuchen“ erklärte Gröner in Bezug auf die Spenden: „Ich habe eine einzige Forderung an den Herrn Wegner gestellt, und die war die, dass ich gesagt habe: ‚Kinder im Kinderheim, die behindert sind, sollen bitte in Zukunft den gleichen Kleidersatz kriegen wie Kinder, die nicht behindert sind.‘(...)“ Das ist sozusagen schriftlich fixiert.“^[13]
- Auch Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) bestätigte 2021 in einem [Interview](#), dass die Spende von Gröner mit Forderungen verbunden war.

Später bestritt Gröner, die Spenden an politische Forderungen geknüpft zu haben: Er habe im Zusammenhang mit den Spenden „nie eine Bitte geäußert, einen Wunsch erklärt, noch eine Bedingung gestellt. Und wenn ich etwas anderes gesagt habe, dann war es im Affekt (...)“.^[14] Auch die Gröner Family Business Office GmbH bezeichnete eine Verbindung zwischen Spende und Forderung nun als falsch; es sei in der Öffentlichkeit eine Diskussion entstanden, die diesen Zusammenhang konstruieren möchte.^[15] Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) erklärte, er sei nicht beeinflussbar.^[16] Entscheidend sei, dass er politische Entscheidungen von einer solchen Spende nicht abhängig mache. Das werde er nie tun.

Laut LobbyControl offenbart der Fall Gröner große Mängel in der Kontrolle der [Parteienfinanzierung](#) in Deutschland: „Es ist hochproblematisch, wenn bei einer Spende in dieser Größenordnung Verstöße öffentlich zugegeben werden, und die zuständige Stelle davon nicht einmal Notiz nimmt. Das Parteiengesetz muss dringend reformiert werden. Es braucht schärfere Transparenzpflichten und schnellere Offenlegung sowie eine unabhängige und mit mehr Ressourcen ausgestattete Kontrolle. Aber das alleine reicht nicht aus. Spenden in dieser Höhe sind oft mit Erwartungen verbunden, die sich schwer kontrollieren lassen, Parteien aber in Abhängigkeiten bringen. Dies gilt besonders auf Landesebene, wo einzelne Spenden den Großteil des Wahlkampfbudgets einer Partei ausmachen können, wie auch im Fall Gröner. Das wirksamste Mittel, um dieses Problem zu bekämpfen, ist deshalb ein Parteispendendeckel. LobbyControl fordert eine Obergrenze von 50.000 Euro pro Spender:in pro Jahr.“^[17]

Hintergrundanalyse von LobbyControl zu Parteispenden inkl. Kritik an den Spenden von Gröner: [Die Parteispenden steigen, die Intransparenz bleibt](#)

Sponsoring

[Parteisponsoring](#) ist bislang nicht im Parteiengesetz geregelt und fällt daher nicht unter die Transparenzregeln, die für Parteispenden gelten. Die Sponsoren vergangener CDU-Parteitage lassen sich daher nur vereinzelt durch Fotos ausgestellter Sponsorentafeln bestimmen und können z.T. auf den Webseiten der Parteitage eingesehen werden:

- [Sponsoren des 25. Parteitags der CDU, 03.-05.12.2012](#)
- [Sponsoren des 29. Parteitags der CDU, 05.-07.12. 2016](#)

- [Sponsoren des 31. Parteitags der CDU, 07.-08.12. 2018](#)
- [Sponsoren des 32. Parteitags der CDU, 22.-23.11.2019](#)
- [Sponsoren Landesparteitag Baden-Württemberg, 23.01.2021](#)
- [Sponsoren des 34. Parteitags der CDU, 22.01.2022](#)

Wirtschaftsrat der CDU

Der [Wirtschaftsrat der CDU](#), eine Vorfeld-Organisation der CDU, ist eine wichtige Lobbyorganisation von unionsnahen Unternehmern. Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist. ^[18] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage eines CDU-Mitglieds aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg und wird weitere Schritte prüfen. Hierzu könnte etwa eine erneute Klage eines Parteimitglieds mit Delegiertenstatus vor dem Parteigericht oder der Gang vor das Zivilgericht gehören. ^[19]

Bundvorsitzender Merz

[Friedrich Merz](#), Bundvorsitzender der CDU und Kanzlerkandidat der Union, war Top-Lobbyist und seit 1999 Präsidiumsmitglied und seit 2019 Vizepräsident des [Wirtschaftsrats](#). Nach Kritik durch [LobbyControl](#) im Jahr 2021 gab er beide Posten auf. ^[20]

Generalsekretär Linnemann

Generalsekretär [Carsten Linnemann](#) war bis 2021 Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU

Bundesgeschäftsführer Birkenmaier

Phiipp Birkenmaier war u.a. Leiter des Arbeitsstabs Mittelstandsstrategie im Bundesministerium für Wirtschaft (2019-2020) und Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (2012-2019) ^[21]

Beteiligungen an Unternehmen

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die CDU Mehrheitsbeteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- [Union Betriebs GmbH](#), Rheinbach (Medienunternehmen)
- [Kommunal-Verlag GmbH](#) (Medienunternehmen), Berlin
- [CDA Verlagsgesellschaft mbH](#) (Medienunternehmen), Berlin
- [Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH](#) (Medienunternehmen) , Wiesbaden
- [Domizil Verwaltungs- und Verlagsgesellschaft Niederdeutsche Stimmen GmbH](#), Hannover
- [Verlag für Landespolitik und Werbung GmbH](#) (Medienunternehmen), Kiel
- [V-G-B Verwaltungsgesellschaft für Grundstücke und Beteiligungen mbH](#), Düsseldorf

- Kommunalpolitische Vereinigung Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Recklinghausen

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Wahlprogramm von CDU und CSU](#), cdu.de, abgerufen am 18.02.2025
2. ↑ [Programm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2017](#), pdf (630 kB), abgerufen am 25.08.2017
3. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
6. ↑ [Gröner Family Office GmbH](#), lobbypedia.de, abgerufen am 25.06.2023
7. ↑ [Parteispenden über 50.000 Euro 2020](#), bundestag.de, abgerufen am 25.06.2023
8. ↑ [Gröner-Spenden an die CDU: Parteien, verklagt den Bundestag!](#) www.lobbycontrol.de vom 13.09.2023, abgerufen am 27.03.2024
9. ↑ [Nach widersprüchlichen Aussagen Bundestag wertet umstrittene Gröner-Spenden an Berliner CDU aus](#), tagesspiegel.de vom 19.05.2023
10. ↑ [Gröner-Spenden an CDU: Transparency International fordert Bundestagsverwaltung zur Prüfung auf](#), transparency.de vom 17.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
11. ↑ [Keine "Einflusssspende"](#) www.sueddeutsche.de vom 27.07.2023, abgerufen am 27.07.2023
12. ↑ [Vom Versagen der Politik und dem Wunsch zu bauen](#), deutschlandfunkkultur.de vom 08.05.2021, abgerufen am 01.07.2023
13. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
14. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
15. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
16. ↑ [Wegner dementiert Bedingungen eines Unternehmers für Parteispende](#), rbb24.de vom 21.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
17. ↑ [Pressemitteilung vom 19.05.2023](#), abgerufen am 01.07.2023
18. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
19. ↑ [Pressemitteilung vom 28.04.2023](#), abgerufen am 29.04.2023
20. ↑ [LobbyControl auf Twitter am 15.12.2022](#), abgerufen am 04.08.2022
21. ↑ [Dr. Philipp Birkenmaier](#), linkedin.com, abgerufen am 01.12.2024

BIO Deutschland

BIO Deutschland

BIO Deutschland (Biotechnologie-Industrie-Organisation) ist der Lobbyverband der deutschen Gentech/Biotechnologie-Industrie.

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Gentech/Biotechnologie-Industrie
Gründungsdatum 2004
Hauptsitz Schützenstraße 6a, 10117 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro EU
Webadresse biodeutschland.org

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	13
2 Organisationsstruktur und Personal	14
2.1 Mitglieder	14
2.2 Vorstand	14
2.3 Mitgliedschaften	14
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	14
4 Einzelnachweise	15

Lobbystrategien und Einfluss

BioDeutschland bezeichnet sich als Sprachrohr der deutschen Biotech-Branche.^[1] Zu den Aufgaben gehört auch die politische Interessenvertretung der deutschen Biotechnologie-Branche gegenüber der nationalen und europäischen Legislative. Der Verein ist Mitglied bei [EuropaBio](#), dem einflussreichen europäischen Dachverband der Biotechnologie-Branche.

Die Strategien werden in Arbeitsgruppen entwickelt, zu denen u.a. gehören:

- Arbeitsgruppe "Finanzen und Steuern", die sich auch mit der Einflussnahme auf steuerliche Rahmenbedingungen beschäftigt.^[2] Mitglieder der Arbeitsgruppe sind u.a. Experten von [PricewaterhouseCoopers](#), [KPMG](#), [CSM Hasche Sigle](#) und [Ernst & Young](#).
- Arbeitsgruppe "Kommunikation & Öffentlichkeit", die das Bild der Biotechnologie in der Öffentlichkeit verbessern soll.^[3] Mitglieder der Arbeitsgruppe sind u.a. die Managing-Partner von [Akampion](#).
- Arbeitsgruppe "Regulatorische Angelegenheiten". Sie soll die Forschung und Entwicklung innovativer Arzneimittel durch Abbau bestehender Hemmnisse bei den regulatorischen Rahmenbedingungen fördern.^[4] Mitglieder der Arbeitsgruppe sind u.a. Experten von [DiBe-Consulting](#), [Elschner Consulting](#), [Rittershaus Rechtsanwälte Partnergesellschaft](#), [PricewaterhouseCoopers](#), [Neuwerk Rechtsanwälte](#), [NDA Regulatory Service GmbH](#) und [CSM Hasche Sigle](#).

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Die Mitglieder kommen aus folgenden Bereichen:

- Biotechnologie-Unternehmen aus allen Bereichen der Biotechnologie
- Unternehmen der Pharma-Industrie
- Organisationen/Gesellschaften, die eine BioRegion vertreten
- Unternehmen, die Dienstleistungen im Bereich der Biotechnologie erbringen
- Unternehmen, die Geräte, Software, Chemikalien, Reagenzien im Bereich der Biotechnologie herstellen bzw. vertreiben
- Technologie-Transfer-Büros
- Berater, Wirtschaftsprüfer und Anwälte, bzw. entsprechende Unternehmen
- Kapitalgeber wie beispielsweise VC-Gesellschaften und Banken
- akademische Institute und deren dahinter stehende Organisationen
- gemeinnützige Organisationen, die in diesem Umfeld tätig sind

Daneben gibt es Fördermitglieder und Branchenpartnerschaften (z. B. [Bayer](#), [Deutsche Bank](#), CMS Hasche Sigle, [KPMG](#), [PricewaterhouseCoopers](#))

Die über 300 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Vorstand

Vorstandsvorsitzender: Peter Heinrich, Geschäftsführer der Sinfonie Life Science Management GmbH^[5]
(Stand: September 2018)

Mitgliedschaften

- BioRegionen (Netzwerk der regionalen Biotechnologie-Initiativen)
- Verband Biologie, Biowissenschaften & Biomedizin in Deutschland
- btS (Mitglieder: Studierende, Hochschulen und Forschungsinstitute sowie Unternehmen der Life Sciences)
- [EuropaBio](#) (Europäischer Dachverband der Biotechnologie-Branche)
- European Confederation of Pharmaceutical Entrepreneurs (EUCOPE)
- [American Chamber of Commerce in Germany](#)
- International Council of Biotechnology Associations (IOBA) (Weltverband der Biotechnologie-Branche)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Ziele der BIO Deutschland](#), biodeutschland.org, abgerufen am 02.09.2018
2. ↑ [Finanzen und Steuern](#), biodeutschland.org, abgerufen am 02.08.2018
3. ↑ [Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit](#), biodeutschland.org, abgerufen am 02.08.2018
4. ↑ [Regulatorische Angelegenheiten](#), biodeutschland.org, abgerufen am 02.08.2018
5. ↑ [Vorstand der BIO Deutschland](#) abgerufen am 04.09.2018